Stadtverordnetenversammlung
Protokoll Nr. STV/04/2011

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2011, Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung	:	19:30 Uhr
Ende der Sitzung	:	23:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Werner Bandick

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Frau Sabrina Bosse
Frau Marion Clasen
Herr Christian Conring
Herr Uwe Grassau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Dieter Heidenreich
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Frau Nina Holers
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Horst Marzi
Herr Hartmut Möller
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Bela Randschau ab TOP 2
Herr Steffen Rotermundt
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Frau Martina Strunk
Frau Doris Unger
Frau Birte Voss
Herr Roland Wilde
Frau Petra Wilmer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Anna Braun	Kinder- u. Jugendbeirat
Herr Klaus Butzek	Seniorenbeirat
Herr Stefan Kühl	Kinder- u. Jugendbeirat
Herr Christof Schneider	Seniorenbeirat
Herr Claus Steinkamp	Behindertenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach	Bürgermeister
Frau Angelika Andres	
Herr Horst Kienel	
Herr Hanno Krause	
Herr Thomas Reich	
Frau Birgit Reuter	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Wolfgang König
Herr Matthias Stern

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Festsetzung der Tagesordnung	
4.	Ehrung des Stadtverordneten Herrn Heidenreich für seine 25-jährige Tätigkeit als Stadtverordneter	
5.	Ehrung der Stadtverordneten Frau Wilmer für ihre 15-jährige Tätigkeit als Stadtverordnete	
6.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 3/2011 vom 21.03.2011	
7.	Bericht des Bürgermeisters - e n t f ä l l t -	
8.	Entlastungsstraße Nordost (Nordtangente)	**2011/015/1**
9.	Sondernutzung - 2. Änderung der Gebührensatzung	**2011/016/1**
10.	2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen und 1. Änderung der Richtlinie zur Aufnahme und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg(Aufnahme- und Benutzungsordnung)	**2011/011/1**
11.	Rahmenplan Stadteingang West - Beschluss über den Rahmenplan	**2010/108/1**
12.	Bebauungsplan Nr. 43 - 6. Änderung für die nördliche Innenstadt Am Alten Markt zwischen der Schulstraße, dem Reeshoop, der Großen Straße, Am Alten Markt und Bei der Doppeleiche - Beschluss für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43 in seiner 6. Änderung	**2011/024**
13.	Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549 - Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und - Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes	**2011/035**
14.	Verfahren zur Neuaufstellung eines Landschaftsplanes - Aufstellungsbeschluss -	**2011/064**

15.	badlantic - Tarifsystem	**2011/055**
16.	Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 30.11.2010 gestellten Anregungen - Kenntnisnahme - - v e r t a g t -	**2011/067**
17.	Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an die Stadtverordnetenversammlung - Stadt Ahrensburg wird Mitglied im ARABUES (Antirassistisches Bündnis Stormarn) - - v e r t a g t -	**AN/029/2011**
18.	Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Bürgermeister über die Erstellung eines detaillierten Maßnahmenkataloges über das Auffüllen des Ökokontos der Ausgleichsflächen (siehe Anlage Nr. 030/2011) - v e r t a g t -	
19.	Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394 - Beschluss für die Ausschreibung eines Gutachterverfahrens für die Entwicklung des Areals "Lindenhof"	**2011/037**
	Antrag (Alternative zur Vorlage 2011/037) der SPD-Fraktion - Gutachterverfahren "Lindenhof" vom 16.03.2011 - v e r t a g t -	**AN/020/2011**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die Tagesordnungspunkte 16 bis 19 vertagt.

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Bandick begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Sarah Lang, 1. Vorsitzende der Jugendkulturinitiative in Ahrensburg, bittet, ein Zeichen durch die Mitgliedschaft der Stadt Ahrensburg im antirassistischen Bündnis Stormarn zu setzen. Sie verweist auf diverse Aufkleber an Laternen und Ampeln, unter anderem Am Hagen und auf dem Rondeel.

Auf Anfrage des **Herrn Werner** erklärt Bürgermeister Sarach, dass er die in der Bürgersprechstunde von den Interessengemeinschaften übergebene Resolution an die Stadtverordneten weitergeleitet hat.

Herr Offen ist der Auffassung, dass die Nordtangente auch im Hinblick auf die durch die Allgemeinheit zu tragenden Kosten keinen Nutzen bringe. Die Nordtangente beeinträchtige die Lebensqualität zahlreicher Anlieger. Der wirtschaftliche Nutzen der Nordtangente sei nicht belegt worden.
Bürgervorsteher Bandick verweist auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes TOP 8 „Entlastungsstraße Nordtangente“.

Die **Interessengemeinschaft Ahrensfelde** übergibt eine Petition für eine Südumgehung von Ahrensfelde und der Siedlung Am Hagen an Bürgermeister Sarach **(siehe Anlage 1)**.

Auf Anfrage von **Frau Eyleen Kroll** wird bestätigt, dass die Petition der wassersporttreibenden Vereine zur neuen Tarifstruktur des badlantic verteilt worden ist **(siehe auch Anlage 2)**. Frau Kroll gibt zu bedenken, wie die Umsetzung der badlantic-Tarifregelung, die Verblockung der Zeiten und die Bezahlung der Bahnen, auch im Hinblick auf die mangelnde Beteiligung der Vereine und deren Existenzängste, geregelt werden soll.
Bürgervorsteher Bandick verweist darauf, dass am heutigen Abend ausschließlich das Tarifsystem zur Beschlussfassung stehe und im weiteren Verfahren erst die Verblockung der Zeiten.
Bürgermeister Sarach erklärt, dass das badlantic eine GmbH ist und er sich als Vorsitzender des Aufsichtsrates für eine verstärkte Beteiligung der Schulen, Vereine etc. einsetzen werde.

Herr Haering bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welche Summe belaufen sich die seit 2006 aufgelaufenen Haushaltsmittel für die Zukunftswerkstatt, Verkehrszählung, Planfalluntersuchung und Gutachten im Zusammenhang mit dem Masterplan Verkehr für den Haushalt der Stadt Ahrensburg?

2. In welcher Höhe müssten darüber hinaus in der Verwaltung entstandene Personalkosten berücksichtigt werden?

3. Wie hoch waren die Baukosten 2006 für die Nordtangente und welche Mehrkosten sind für den Zeitraum 2006 bis 2011 entstanden?

Bürgervorsteher Bandick sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfragen zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Beantwortung der Anfrage ist als **Anlage 3** beigefügt.*

Frau Brigitte Krogmann, wohnhaft Starweg 27, bittet um Beantwortung nachfolgender Fragen in Bezug auf die Vorlagen-Nr. 2011/055 „Betriebskostenabrechnung der badlantic Betriebsgesellschaft:

1. Von 2006 bis 2010 sei ein Besucherrückgang von 93.000 Besuchern zu verzeichnen. Die Division der Umsatzerlöse durch die Besucherzahl ergebe 2006 ein durchschnittliches Eintrittsgeld von 3,08 € und 2010 ein durchschnittliches Eintrittsgeld von 3 €. Sie bittet um Erläuterung. Gibt es mehr Kinder? Gibt es mehr Erwachsene?

2. Im gleichen Zeitraum seien die Gäste für den Saunabetrieb um 751 Besucher gestiegen, gleichzeitig seien jedoch die Umsatzerlöse der Sauna gesunken.

3. Im Jahr 2010 seien die sonstigen betrieblichen Erträge von 2009 86.500 € auf 2010 mit 861.500 € gestiegen.

4. Unter dem Punkt 2.2 Personalaufwendungen seien Kosten in Höhe von 1.183.300 € verzeichnet. Zusätzlich seien unter dem Punkt 2.4.1 Personalkosten Stadt Ahrensburg 18.600 € für das Jahr 2010 aufgeführt. Sie bittet um Erläuterung der Kosten.

5. Außerdem bittet Sie um Erläuterung des Punktes 2.4.8 Verwaltungsdienstleistungen in Höhe von 93.500 €.

Es wird eine schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgen.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage ist mit Schreiben vom 07.06.2011 erfolgt.

Der Vorsitzende des Kindertagesstättenausschusses, **Herr Hausmann**, plädiert dafür, die Gebühren für Krippen, Kindergärten und Horte bei 37,5 % zu belassen, da durch höhere Beiträge keine neuen Kitaplätze geschaffen werden und die Mittelschicht hierdurch verstärkt belastet werde.

Herr Schumacher, Bogenstraße 29, bittet um Klärung, warum die Bogenstraße nicht als Wohnstraße und somit als Zone 30 wie auch die Ladestraße ausgewiesen werde. Darüber hinaus bittet er um Entfernung des Schildes in der Manhagener Allee mit dem Hinweis auf den Bargenkoppelredder/Bogenstraße für den Schwergutverkehr mit keiner Wendemöglichkeit nach 800 m.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Beantwortung der Anfrage ist als **Anlage 4** beigefügt.*

Frau Dahm, Vorsitzende der Elternvertreter in der Kita Schäferweg, schließt, sich den Ausführungen von Herrn Hausmann an und kritisiert die eventuelle Erhöhung der Elternbeiträge von 37,5 % auf 40 %.

Die Beantwortung der Einwohnerfrage von **Frau Steinweg** aus der vorangegangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist als **Anlage 5** beigefügt.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Koch bittet, den Tagesordnungspunkt 17 „Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an die Stadtverordnetenversammlung – Stadt Ahrensburg wird Mitglied im ARABUE (Antirassistisches Bündnis Stormarn)“ zunächst im Hauptausschuss zu beraten, um Fragen wie „Wer steht hinter dem Bündnis?“ „Strukturen des Bündnisses“ „Wie kann man sich eine Mitarbeit der Stadt Ahrensburg vorstellen?“ „Welche Zahlung hat die Stadt Ahrensburg zu leisten?“ „Wie kann die Stadt Ahrensburg Einfluss nehmen, zu klären?“

Stadtverordnete Holers erklärt, dass der Antrag in die Stadtverordnetenversammlung gehöre und jedermann vorab die Möglichkeit gehabt habe, sich im Internet zu informieren. Auch habe sie Informationsmaterial verteilt.

Anschließend wird dem Antrag des Stadtverordneten Koch mit großer Mehrheit zugestimmt.

Bürgervorsteher Bandick teilt mit, dass TOP 7 „Bericht des Bürgermeisters“ entfällt.

Stadtverordnete Löwer beantragt, den Tagesordnungspunkt 19 „Bebauungsplan Nr. 94 – Lindenhof –, Flurstück 394 - Beschluss für die Ausschreibung eines Gutachterverfahrens für die Entwicklung des Areals „Lindenhof“ sowie den Antrag der SPD-Fraktion „Gutachterverfahren „Lindenhof“ vom 16.03.2011“ in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Dem Antrag von Stadtverordnete Löwer wird **mit 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen** zugestimmt.

Der Tagesordnungspunkt wird somit in öffentlicher Sitzung behandelt.

Anschließend wird der vom 11.05.2011 versandten Tagesordnung mit oben genannten Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **26 dafür**
1 dagegen
2 Enthaltungen

4. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Heidenreich für seine 25-jährige Tätigkeit als Stadtverordneter

Herr Heidenreich ist seit 25 Jahren als Stadtverordneter tätig. Seit dem 10.04.1986 ist er Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

Vom 28.09.2009 bis heute ist er Vorsitzender des Umweltausschusses. Vom 23.04.1990 bis 20.04.1998 war er stellvertretender Stadtrat im Magistrat.

Er war fast 23 Jahre und somit die überwiegende Zeit im Bau- und Planungsausschuss Ordentliches Mitglied, um dann in den Umweltausschuss als Vorsitzender zu wechseln. Er gehört dem Bau- und Planungsausschuss jedoch weiterhin als stellvertretendes Mitglied an. Er ist Ordentliches Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und im Ältestenrat.

Bürgervorsteher Bandick überreicht ihm anschließend die Goldene Medaille für seine 25-jährige Tätigkeit als Stadtverordneter.

5. Ehrung der Stadtverordneten Frau Wilmer für ihre 15-jährige Tätigkeit als Stadtverordnete

Frau Wilmer war zunächst als Bürgerliches Mitglied ab dem 22.04.1996 tätig.

Seit dem 20.04.1998 ist sie Stadtverordnete. Sie ist Fraktionsvorsitzende der SPD seit dem 01.09.2006.

Seit dem 23.06.2008 bis heute ist sie Vorsitzende des Sozialausschusses, nachdem sie vorher ab dem 01.04.2003 stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses war.
Ordentliches Mitglied im Sozialausschuss ist sie bereits seit dem 26.06.2000. Darüber hinaus war sie vom 01.04.2003 bis 31.05.2008 Mitglied im Kindertagesstättenausschuss.

Ab dem 23.06.2008 ist sie Ordentliches Mitglied im Hauptausschuss. Weiterhin ist sie Mitglied im Ältestenrat, aber auch stellvertretend im Finanzausschuss tätig.

Sie war stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der GAG.

Sie erhält von Bürgervorsteher Bandick für ihre 15-jährige Tätigkeit als Stadtverordnete die Bronzemedaille.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 3/2011 vom 21.03.2011

Die Niederschrift wird ohne Einwand genehmigt.

7. Bericht des Bürgermeisters

– e n t f ä l l t –

8. Entlastungsstraße Nordost (Nordtangente)

Stadtverordneter Hansen hält den Sachvortrag.

Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass nicht über eine bestimmte Trasse, sondern über die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens in einem Plankorridor entschieden werden soll. Ca. 2/3 der von ihm aufgesuchten 100 Unternehmen in Ahrensburg haben auf die Erforderlichkeit der Nordtangente hingewiesen.

Stadtverordneter Schmick spricht sich gegen die Nordtangente aus. Die Bewilligung von Fördergeldern sei auch nach 2013 möglich. Zu berücksichtigen seien auch zusätzliche Kosten für die Durchführung des Planfeststellungsverfahren. Bei dem vorgelegten Gutachten handele es sich um Gefälligkeitsgutachten; lediglich in den frühen Morgenstunden sei eine Spitzenbelastung auf der B 75 zu verzeichnen. Der Nutzen der Nordtangente stehe nicht im Verhältnis zu den Kosten mit der Folge von Gebührenerhebungen. Außerdem handele es sich bei dem 70%igen Förderungssatz um einen Höchstbetrag.

Stadtverordneter Hansen lehnt die Nordtangente ab. Der Bau der Nordtangente stellte keine Entlastung der Lübecker Straße dar, da der Anteil der Fahrzeuge weiterhin ca. 70 % betrage. 9.500 m² Fläche an Natur, Knicks und Spielwiesen würden verbraucht werden. Das Gewerbegebiet werde durch die Kreisstraße 106 und durch die Landesstraße 224 ausreichend angeschlossen. Betriebe hätten die Stadt Ahrensburg nicht wegen der fehlenden Anbindung nach Delingsdorf oder Bargteheide verlassen. Für neue Betriebe sei die Nordtangente ebenfalls kein Anreiz. Auf der einen Seite würden Gebühren erhöht und Leistungen gekürzt, auf der anderen Seite jedoch hohe Beträge für den Bau der Nordtangente ausgegeben. Das Grundstück südlich von Clariant, welches für die Realisierung der Nordtangente erforderlich sei, sei nicht mehr von der Stadt als Gewerbegrundstück veräußerbar. Es handele sich um eine Straße auf „Pump“, deren Realisierung aufgrund der sehr angespannten Haushaltslage „abenteuerlich“ sei.

Stadtverordnete Behr erklärt, dass die Nordtangente unumgänglich sei. Die verschiedenen Planfälle seien gemeinschaftlich im Bau- und Planungsausschuss beraten und beschlossen worden. Entsprechend dem vorliegenden Gutachten sei das erste Ziel die Umsetzung der Nordtangente. Die Gewerbebetriebe und damit bedingt auch die Gewerbeeinnahmen werden zur Vermeidung der Erhöhung von Gebühren und Beiträge, getragen durch die Einwohner, benötigt. Die Nordtangente schaffe eine bessere verkehrliche Anbindung der Gewerbebetriebe, gerade in Konkurrenz auch zu den anliegenden Gemeinden. Darüber hinaus bedeutet die Nordanbindung weniger Verkehre durch Gartenholz zur neuen S-Bahn. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens werde geprüft, ob die Tangente im Rahmen des Korridors umsetzbar sei. Diese Entscheidung werde vom Ministerium in Kiel getroffen.

Im Übrigen habe im Zusammenhang mit der Nordtangente die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, der Prüfung und Notwendigkeit der Realisierungsmöglichkeit von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Straße Brauner Hirsch und Dorfstraße und einbezogen auch die Innenstadt.

Stadtverordnete Clasen lehnt den Beschlussvorschlag ab, da Verkehrsprobleme durch die Nordtangente nicht gelöst, sondern lediglich verlagert werden würden. Eine neue Straße würde mehr Verkehr anziehen, es sei denn, das Fahrverhalten der Bevölkerung würde sich grundsätzlich ändern. Die Kosten für die Nordtangente seien zu niedrig angesetzt, soziale Folgekosten nicht berücksichtigt. Sie bemängelt, dass die Lebensqualität der nachfolgenden Generation durch erhöhte Schulden beeinträchtigt werde.

Stadtverordneter Haase erklärt, dass die Nordtangente erforderlich sei, um durch erhöhte Gewerbesteuereinnahmen das hohe soziale Niveau in der Stadt zu halten. Die Nordtangente sei ein erster Baustein eines großräumigen Konzeptes bzw. Ringes um die Stadt Ahrensburg zur Wiederherstellung des Verkehrsnetzwerkes. Beschlossen werde ausschließlich ein Planfeststellungsverfahren, das Ergebnisse unter Beteiligung sämtlicher Träger öffentlicher Belange neben dem Gutachten liefere, um über den Bau einer Nordtangente zu entscheiden. In diesem Rahmen wird entschieden, ob die Nordtangente förderungs- und finanzierungsfähig sei. Es wird die Gewinnung eines höheren „Erkenntnishorizonts“ beschlossen. Die Nordtangente sei über zahlreiche Planungen, Prüfungen von Einwendungen immer wieder bestätigt worden. Gefälligkeitsgutachten seien in der Substanz nicht möglich, da die Gutachten nach festgelegten mathematischen Richtlinien erfolgen. Emissionen würden auch durch die 4.000 Fahrzeuge mit Zielpunkt famila durch ständiges Bremsen und Anfahren entstehen. Die Zukunft des Gewerbegebietes der Stadt Ahrensburg liege in einem hochwertigen Dienstleistungsbereich und somit der Schaffung eines Gewerbeparks mit Aufenthaltsqualität mit Parkflächen und Gastronomie etc. mit einer Vernetzung der Region.

Stadtverordneter Conring erklärt, dass das Grundstück südlich von Clariant allein zum Zweck für eine mögliche Nordtangente im Jahr 2006 von der Stadt erworben worden sei.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Schmick, Hansen und Langbehn.

Stadtverordneter Koch stellt klar, dass die CDU-Fraktion bei der Trassenführung im Rahmen des Planungskorridors verbleibe und die Auffassung einer noch südlicheren Variante nicht teile. Es wird ausschließlich beschlossen, in ein explizites Planfeststellungsverfahren einzutreten, in dem sämtliche Fragen über Trassenführung, Brücke, Tunnel, Kosten etc. zu klären seien. Erst dann erfolge eine Entscheidung.

Dem Antrag auf Ende der Rednerliste wird anschließend mit **22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen** und **3 Enthaltungen** zugestimmt.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch die Stadtverordneten Langbehn und Schmick erfolgt eine namentliche Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis:	**16 dafür**
	13 dagegen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt. Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage** beigefügt.

2011/016/1

9. Sondernutzung
- 2. Änderung der Gebührensatzung

Nach kurzer Diskussion wird unter Berücksichtigung der in der Vorlage genannten Gebührensätze, die anzupassen und zu ergänzen sind, sowie dem Inkrafttreten der Satzung zum 01.07.2011 über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **28 dafür**
1 dagegen

10. 2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen und 1. Änderung der Richtlinie zur Aufnahme und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg(Aufnahme- und Benutzungsordnung)

Stadtverordnete Wilmer hält den Sachvortrag. Der Sozialausschuss hat mehrheitlich empfohlen, dass die Elternbeiträge auf Basis von 38 % der Betriebskosten kalkuliert werden sollen.

Die SPD-Fraktion wird beantragen, dass die Berechnung der Elternbeiträge weiterhin bei 37,5 % der Betriebskosten verbleiben soll und verweist unter anderem auf einen Teil der Argumente aus der Bürgerschaft. Ziel der SPD-Fraktion sei es, dass Kindergartenplätze grundsätzlich beitragsfrei sein sollten. Da zurzeit jedoch aufgrund der finanziellen Situation der Stadt beitragsfreie Kindergartenplätze nicht möglich seien, sollte zumindest der Beitragssatz bei 37,5 % verbleiben. Eine Erhöhung auf 38 % der betriebsbedingten Kosten würde ein falsches Signal setzen.

Stadtverordneter Koch verweist auf den heutigen Artikel im Hamburger Abendblatt, Regionalausgabe Stormarn. Danach sei im Kreis Stormarn, insbesondere in Ahrensburg, mit einem weiteren Bevölkerungswachstum zu rechnen. Ahrensburg muss deshalb attraktiv für junge Familien mit Kindern sein. Der Herausforderung der Bereitstellung von neuen Kitaplätzen und Schulausbauten stellt sich die Politik. Die CDU-Fraktion plädiert für eine geringfügige Erhöhung der Einnahmen von 0,5 %, zumal die übrigen 62 % aus allgemeinen Steuermitteln auch unter Berücksichtigung der allgemeinen angespannten Haushaltslage bezahlt würden. Er verweist auf die Nachbargemeinden, wie Großhansdorf mit wesentlich höheren Elternbeiträgen. Dies zeige, dass die Stadt Ahrensburg mit 38 % weiterhin für Familien attraktiv sei. Bei der Anpassung von 37,5 % auf 38 % handele es sich um die turnusgemäße Anpassung der betriebsbedingten Kosten, zumal auch Gehälter, Tarife etc. steigen würden.

In Bezug auf die Aufnahme von Kindern aus der Gemeinde Ammersbek, Siedlung Daheim, in Ahrensburger Kinderhorten verweist er auf die Verpflichtung der Gemeinde Ammersbek, eine ausreichende Infrastruktur bereitzustellen. Ahrensburg helfe gern aus. Da zurzeit jedoch keine freien Plätze in Ahrensburg vorhanden sind, könne nicht erwartet werden, dass die Stadt die entsprechende Infrastruktur für Ammersbek bereitstelle.

Stadtverordnete Clasen erklärt, dass es keine Fraktion geben würde, die nicht gern die Kitaplätze unentgeltlich bereitstellen würde, jedoch aufgrund der finanziellen Haushaltslage und der steigenden Kosten von Kitaplätzen eine Erhöhung unumgänglich sei. Nicht nur Tariferhöhungen hätten stattgefunden, sondern der Kitaaufwand in der Stadt steige in zweistelligen Prozentsätzen pro Jahr, da die Stadt alles daran setze, den Wunsch von besserer Vereinbarkeit von Kindern und Beruf nachzukommen. Um die Bereitstellung der be-

nötigten Kindergartenplätze zu ermöglichen, wäre eine Anpassung der Elternbeiträge auf 40 % der Betriebskosten erforderlich. Die FDP-Fraktion ist jedoch bereit, im Hinblick auf die Mehrbelastung von Eltern im Vergleich zu kinderlosen Paaren eine Erhöhung auf 38 % mitzutragen.

Frau Lisa Brauner vom Kinder- und Jugendbeirat plädiert dafür, dass die Stadt Ahrensburg für junge Familien attraktiver gestaltet werden und deshalb der Beitragssatz von 37,5 % beibehalten werden sollte. Der Betreuungsplatz biete für die Eltern eine Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Stadtverordneter Schmick plädiert dafür, die Kosten für die Kindergärten zu senken, indem z. B. Container aufgestellt werden. Durch Reduzierung der Ausgaben würden zwangsläufig auch die Kitagebühren gesenkt (preiswerte Lösung).

Stadtverordnete Holers plädiert dafür, die Kinder der Siedlung Daheim auch in den Horten in Ahrensburg aufzunehmen, da sie gefühlt „Ahrensburger“ seien. Der Lebensmittelpunkt sei für die Siedlung Daheim in Ahrensburg. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden der Erhöhung auf 38 % der Betriebskosten zustimmen. Ahrensburg fördere die Kinderbetreuung über das Maß hinaus, sei vorrangig in der Kinderbetreuung im Vergleich zu den Nachbargemeinden. Im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt Ahrensburg wird die Auffassung vertreten, dass zwar vermehrt Kitaplätze geschaffen, diese jedoch auch zweckgebunden getragen werden sollten.

Stadtverordneter Haase erklärt, dass die Nachbargemeinde Ammersbek Siedlungen ohne Bereitstellung entsprechender Infrastruktur gebaut habe.

Es folgen weitere Beiträge durch Stadtverordnete Wilmer, Koch und Schmick.

Anschließend wird über den Antrag der SPD-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt. „Artikel 3 Abs. 15 Abs. 1 Satz 2 der Änderungssatzung: Die SPD-Fraktion beantragt, die Berechnung der Elternbeiträge wieder auf 37,5 % der Betriebskosten zu setzen.“

Abstimmungsergebnis: **9 dafür**
20 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtverordnete Holers beantragt, über den Beschlussvorschlag der Vorlage 2011/011/1 getrennt abzustimmen.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die beiliegende 2. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen **(Anlage 1).**

Abstimmungsergebnis: **21 dafür**
8 dagegen

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die 1. Änderung der Richtlinie zur Aufnahme und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg (Aufnahme- und Benutzungsordnung) **(Anlage 2).**

Abstimmungsergebnis: **25 dafür**
2 dagegen
2 Enthaltungen

11. Rahmenplan Stadteingang West - Beschluss über den Rahmenplan

Stadtverordnete Löwer berichtet, dass im Bau- und Planungsausschuss der Antrag der CDU-Fraktion, der aus zwei Teilen bestand, zur Debatte stand. Der Antrag zum Teilbereich Stadteingang West, „die südlich an die Hamburger Straße als neue Siedlungskante und als Pendant zur grünen Kante des Friedhofs dargestellte neue Bebauung zu streichen. Stattdessen wird im Rahmenplan die bereits beim McDonalds-Gebäude die vorhandene Altbebauung dargestellt“ wurde vom Bau- und Planungsausschuss abgelehnt.
Dem Antrag „Teilbereich Quartier am Waldemar-Bonsels-Weg, den Bereich der Straße Am Neuen Teich, Lange Koppel, Rantzaustraße und Birkenweg ausgewiesenen Baukörper werden als Einzelhausbebauung entsprechend der angrenzenden Bebauung in diesen Straßen dargestellt“ wurde zugestimmt.
Sie plädiert, die Beschlussfassung zu den Anträgen, wie im Bau- und Planungsausschuss erfolgt, in der Stadtverordnetenversammlung zu übernehmen. Es handele sich um einen Rahmenplan, der nicht verbindlich sei. Die Option einer Bebauung südlich an der Hamburger Straße sollte nicht verschenkt werden.

Stadtverordneter Haase plädiert dafür, dem Antrag der CDU-Fraktion „Teilbereich Stadteingang West“ nicht zu folgen, um weiteren Wohnraum in Ahrensburg, gerade auch im Bereich des U-Bahnhofes bereitzustellen.

Stadtverordneter Möller plädiert ebenfalls dafür, dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zu folgen, da der Rahmenplan einen ansehnlichen Stadteingang vorsehe. Durch eine Verdichtung der Bebauung im Bereich der U-Bahnhöfe verringere sich der Pendler-Verkehr.

Stadtverordnete Behr plädiert dafür, die südlich an der Hamburger Straße als neue Siedlungskante dargestellte neue Bebauung zu streichen und stattdessen die vorhandene Altbebauung darzustellen. Sie weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion in vielen Gebieten einer Verdichtung zustimme, jedoch aufgrund der besonderen Situation des Eingangsbereichs der Stadt Ahrensburg einer entsprechenden Verdichtung in diesem Bereich nicht zugestimmt werden könne.

Stadtverordneter Koch weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion den gesamten Rahmenplan mit verschiedenen Verdichtungen mit tragen würde. Die Bebauung entlang der Hamburger Straße südlich der U-Bahnlinie rage bereits jetzt wie ein Zacken aus dem Stadtgebiet heraus. Bedingt durch die Lage des Friedhofs fehle hier ein bauliches Pendant auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Eine weitere bauliche Verdichtung an dieser Stelle würde die Situation zusätzlich verschärfen und unter Umständen eine zunehmende bauliche Entwicklung entlang der Hamburger Straße in Richtung Volksdorf einleiten.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch den Stadtverordneten Haase.

Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion, der wie folgt lautet: „Die südlich an der Hamburger Straße als neue Siedlungskante und als Pendant zur Grünkante des Friedhofs dargestellte Bebauung wird gestrichen. Stattdessen wird im Rahmenplan, wie bereits beim McDonalds-Gebäude die vorhandene Altbebauung dargestellt“ abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	**13 dafür**
	16 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend über den Beschlussvorschlag einschließlich des Antrags der CDU-Fraktion zum „Teilbereich Quartier am Waldemar-Bonsels-Weg, AN/027/2011“, wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	**16 dafür**
	2 dagegen
	11 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag wurde somit zugestimmt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

2011/024

12. Bebauungsplan Nr. 43 - 6. Änderung für die nördliche Innenstadt Am Alten Markt zwischen der Schulstraße, dem Reeshoop, der Großen Straße, Am Alten Markt und Bei der Doppeleiche
- Beschluss für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43 in seiner 6. Änderung

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

2011/035

13. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549
- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und
- Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

2011/064

14. Verfahren zur Neuaufstellung eines Landschaftsplanes
- Aufstellungsbeschluss -

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2011/055

15. badlantic - Tarifsystem

Stadtverordneter Möller erklärt, dass der Hauptausschuss über die Vorlage beraten, aber noch nicht abgestimmt habe, sodass noch keine Empfehlung des Hauptausschusses vorliege.

Er stellt im Namen der SPD-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 2011/055 „badlantic – Tarifsystem“: „Punkt 1 der Beschlussvorlage erhält die folgende Fassung:

1. Dem Tarifsystem für Individualgäste (Anlage 2) wird zugestimmt. Das neue Tarifsystem (für den Individualgast) gilt ab Beschlussfassung (01.06.2011).

2. Die Spaltenüberschrift der 1. Spalte in Anlage 2 wird geändert: „1 h Tagesrand“ wird ersetzt durch „Früh- und Spättarif*“. Es wird eine Fußnote eingefügt, die dies erläutert“, *gilt bei Beginn des Besuchs morgens vor 9 Uhr und für die letzte Stunde vor Schließung“.

Mit der Änderung in Punkt 1 der Vorlage sind nur noch die Tarife für Individualgäste und der Kombibad-Tarif Gegenstand der Beschlussfassung. Die Verwaltung wird gebeten, für die Verblockung und die damit verbundenen Änderung der allgemeinen Öffnungszeiten eine weitere Vorlage zu fertigen, die auch die neuen Tarife für Gruppen, Vereine und Schulklassen enthalte. Der Tarif für das Freibad allein bleibe unverändert. Der Tarif für die Halle bei Schließung des Freibades sei in der Anlage 2 der Vorlage aufgeführt. Dieser Tarif sei nicht darauf ausgerichtet, einen höheren Erlös durch Eintrittsgelder zu erzielen, sondern durch Nebenwirkungen Einsparungen zu erreichen, z. B. durch Entfallen der Zeitkontrolle beim Ausgang und somit Entfallen der Kontrollchips mit Einsparungen von 12.000 € jährlich sowie keine Besetzung der Kasse in der letzten Stunde. Die Anschaffung einer dementsprechend einfachen Kassenanlage sei wesentlich günstiger. Der Kombibad-Tarif gelte, sofern Halle und Freibad gleichzeitig geöffnet seien. Hier handele es sich um einen Tarif, der weniger koste als der ausschließliche Hallentarif. Hierdurch werden sich von der Geschäftsführung auch höhere Eintrittsgelder erhofft, da in den Sommermonaten bei schlechtem Wetter vom Freibad auf die Halle ausgewichen werden könne.

Stadtverordneter Schmick stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Möller im Grundsatz zu. Er wird dem Kombitarif zustimmen, sieht jedoch Schwierigkeiten in Abstimmung mit den Verblockungszeiten und bittet die Verwaltung schnellstmöglich um Abstimmung der Verblockungszeiten mit den Vereinen, Schulen usw.

Stadtverordnete Clasen stellt folgende Anträge:

1. Der Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert: „Dem neuen Tarifsystem für Individualgäste (Anlage 1) wird zugestimmt. Das neue Tarifsystem (für den Individualgast) gilt ab Beschlussfassung (01.06.2011). Über eine mögliche Änderung des Abrechnungsverfahrens mit den Vereinen und Schulen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden."

2. Des Weiteren beantragt die FDP-Fraktion, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages ersatzlos zu streichen. Dieser lautet wie folgt: „Die Defizitbezuschussung beträgt in 2011 mindestens 1,45 Mio. €. Einer überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 95 d GO in Höhe von 100.000 € wird zugestimmt (Deckung: 50.000 € Minderaufwand bei PSK 61100.5592000/Verzinsung von Steuernachforderungen, 25.000 € Minderaufwand bei PSK 11155.5211010/Einmalige Gebäudeunterhaltung Rathaus, 25.000 € Minderaufwand bei PSK 57100.5011000/Personalkosten Beamte für Stadtmarketing."

   Zu diesem Zeitpunkt sei es verfrüht, über eine mögliche Defizitbezuschussung und überplanmäßige Ausgaben abzustimmen. Zunächst sollte intensiv geprüft werden, ob noch weitere Einsparungsmöglichkeiten bestehen, ggf. sollte im Rahmen eines Nachtragshaushalts hierüber beraten werden.

3. Darüber hinaus beantragt die FDP-Fraktion, den Punkt 4 des Beschlussvorschlages ersatzlos zu streichen. Dieser lautet wie folgt: „Die Erhöhung bzw. Anpassung der Eintrittsgelder fällt zukünftig ausschließlich in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates der BBG." Die Stadt als größter Zahler bei der Festsetzung der Eintrittsgelder sollte weiterhin ein Mitspracherecht bzw. die letzte Entscheidung haben.

4. Ergänzend wird von der FDP-Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt zu ergänzen: „Die Blockzeiten werden – wie von der Geschäftsführung vorgeschlagen – zum Ende der Sommerferien 2011 eingeführt."

Stadtverordneter Koch verweist auf die schwierige Situation beim badlantic mit jährlichen Defiziten von über 1,5 Mio. €. Er bemängelt die nicht erfolgte Abstimmung mit den Vereinen und Verbänden im Vorwege. Das Tarifsystem für den Individualgast könnte in dieser Sitzung beschlossen werden. Unabhängig hiervon bestehe jedoch noch Gesprächsbedarf mit den Vereinen und Verbänden zu Verblockungszeiten und Bahnbelegung durch die Vereine. Nach den bisherigen Erfahrungen könne nicht zugestimmt werden, dass der Aufsichtsrat die alleinige Entscheidung über Eintrittspreise habe.

Nach der Auffassung des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe liegt das hohe Defizit des badlantic unter anderem an einem ungünstigen Energielieferungsvertrag mit der E.ON Hanse und einem jährlich wachsenden Besucherschwund. Selbst wenn das Bad geschlossen werden würde, würden bei Erhalt des Bades bis zur Änderung des E.ON-Liefervertrages Kosten in Höhe von 1,2 Mio. € jährlich entstehen. Deswegen sollte bis zu einer möglichen Änderung des Vertrages im Jahr 2017 versucht werden, das Defizit zu redu-

zieren. Durch den Beschlussvorschlag werde (ohne kostenaufwendige Maßnahmen) die Attraktivität des Bades erhöht, zukünftig stünden z. B. Individualgäste die gesamten Becken zur Verfügung, die Sprungtürme könnten wieder benutzt werden. Mit den Schulen und Vereinen muss ein Einvernehmen über die Verblockungszeiten hergestellt werden. Die Vereine würden gleiche Kurse zu wesentlich günstigeren Preise als das badlantic anbieten, da die Lehrschwimmhalle dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt werden würde, sodass auch insofern eine Überarbeitung des Tarifsystems erforderlich sei. Bündnis 90/DIE GRÜNEN nehme die Petition der wassersporttreibenden Vereine sehr ernst, jedoch müsse sich der Verein, sofern er sich diesen Beitrag nicht leisten könne, an die Stadt wenden, da die Sozialpolitik von der Stadt geleistet werde.

Stadtverordneter Möller erklärt, dass er den ersten Antrag der FDP-Fraktion übernehmen könne, da dieser mit seinem Antrag übereinstimme mit dem Inhalt, dass die Geschäftsführung aufgefordert werde, die Verhandlungen über die Verblockung weiterzuführen. Dem Beschlussvorschlag Punkt 3 zur Defizitbezuschussung muss Rechnung getragen werden, da in der Vergangenheit keine Beschlüsse zur Defizitreduzierung in der Stadtverordnetenversammlung gefallen seien.

Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass die Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlages aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sei. Das im Wirtschaftsplan vorgesehene Defizit sollte um 200.000 € reduziert werden, wobei das vorgegebene Ziel nicht erreicht werden konnte. Im Übrigen weist er darauf hin, dass es sich bei der badlantic Gesellschaft um eine GmbH handelt, an der die Stadt lediglich beteiligt ist. Die normalen Geschäftstätigkeiten liegen in der Verantwortlichkeit der Geschäftsführung. Der Aufsichtsratvorsitzende appelliert an die Geschäftsführung zu einer angemessenen Beteiligung.

Stadtverordnete Löwer beantragt eine 5-minütige Auszeit.

Nach Beendigung der Auszeit folgen weitere Wortbeiträge durch den Stadtverordneten Koch und Bürgermeister Sarach.

1. Anschließend wird wie folgt über den Antrag der FDP-Fraktion und den 2. Teil des Antrags der SPD-Fraktion abgestimmt:

   a) „Dem neuen Tarifsystem für Individualgäste (Anlage 1/2) wird zugestimmt. Das neue Tarifsystem (für den Individualgast) gilt ab Beschlussfassung (01.06.2011). Über eine mögliche Änderung des Abrechnungsverfahrens mit den Vereinen und Schulen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.“

   b) „Die Spaltenüberschrift der 1. Spalte in Anlage 2 wird geändert: „1 h Tagesrand“ wird ersetzt durch „Früh- und Spättarif*“. Es wird eine Fußnote eingefügt, die dies erläutert, *gilt bei Beginn des Besuchs morgens vor 9 Uhr und für die letzte Stunde vor Schließung“.

Abstimmungsergebnis: **23 dafür**
5 dagegen
1 Enthaltung

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

2. Antrag der FDP-Fraktion: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, Punkt 3 des Beschlussvorschlages wird ersatzlos gestrichen."

Abstimmungsergebnis: **3 dafür**
26 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

3. Antrag der FDP-Fraktion: „Der Punkt 4 des Beschlussvorschlages wird ersatzlos gestrichen."

Abstimmungsergebnis: **27 dafür**
2 dagegen

Der Antrag ist somit angenommen.

4. Anschließend wird über die Vorlage mit oben genannter Änderung angestimmt:

1 a. Dem neuen Tarifsystem für Individualgäste (Anlage 1/2) wird zugestimmt. „Das neue Tarifsystem (für den Individualgast) gilt ab Beschlussfassung (01.06.2011). Über eine mögliche Änderung des Abrechnungsverfahrens mit den Vereinen und Schulen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden."

1 b. Die Spaltenüberschrift der 1. Spalte in Anlage 2 wird geändert: „1 h Tagesrand" wird ersetzt durch „Früh- und Spättarif*". Es wird eine Fußnote eingefügt, die dies erläutert, *gilt bei Beginn des Besuchs morgens vor 9 Uhr und für die letzte Stunde vor Schließung".

2. In den Sommermonaten Juni bis August wird das badlantic als Kombibad angeboten.

3. Die Defizitbezuschussung beträgt in 2011 mindestens 1,45 Mio. €. Einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 95 d GO in Höhe von 100.000 € wird zugestimmt (Deckung: 50.000 € Minderaufwand bei PSK 61100.5592000/Verzinsung von Steuernachforderungen, 25.000 € Minderaufwand bei PSK 11155.5211010/Ein-malige Gebäudeunterhaltung Rathaus, 25.000 € Minderaufwand bei PSK 57100.5011000/Personalkosten Beamte für Stadtmarketing).

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

5. Anschließend wird über den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt: „Blockzeiten werden, wie von der Geschäftsführung vorgeschlagen, zum Ende der Sommerferien 2011 eingeführt.“

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
14 dagegen
9 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtverordneter Koch beantragt, entsprechend der Geschäftsordnung Schluss der Sitzung aufgrund der fortgeschrittenen Zeit.

Dem Antrag des Stadtverordneten Koch wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

2011/067

16. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 30.11.2010 gestellten Anregungen
- Kenntnisnahme -

– v e r t a g t –

17 Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an die Stadtverordnetenversammlung **AN/029/2011**
- Stadt Ahrensburg wird Mitglied im ARABUES (Antirassistisches Bündnis Stormarn) -

– v e r t a g t –

18. Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Bürgermeister über die Erstellung eines detaillierten Maßnahmenkataloges über das Auffüllen des Ökokontos der Ausgleichsflächen (siehe Anlage Nr. 030/2011)

– v e r t a g t –

2011/037

19. Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394
- Beschluss für die Ausschreibung eines Gutachterverfahrens für die Entwicklung des Areals "Lindenhof"

AN/020/2011

Antrag (Alternative zur Vorlage 2011/037) der SPD-Fraktion - Gutachterverfahren "Lindenhof" vom 16.03.2011

– v e r t a g t –

gez. Werner Bandick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin